

**Rede zum Haushaltsplan des Bezirks Unterfranken
für das Haushaltsjahr 2007
am 19.12.2006**

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Diese Sitzung ist leider überschattet von dem viel zu frühen Tod unseres Bezirkstagspräsidenten Graf von Ingelheim, was wir sehr, sehr bedauern.

Eine vorbildhafte Persönlichkeit, die ihre ganze Kraft- trotz schwerer Krankheit- in die Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger von Unterfranken eingesetzt hat und immer den Ausgleich und die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg gesucht hat. Dafür sind wir ihm herzlich dankbar und werden ihn sehr vermissen.

Es war auch im Sinne unseres verstorbenen Bezirkstagspräsidenten, dass die Arbeit und damit sein Werk weitergeführt wird und daher verabschieden wir heute den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007.

Unser Dank gilt zuerst der Verwaltung für die Erarbeitung der Haushaltsvorlagen.

Danken möchten wir auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirks und in allen Einrichtungen für ihre Arbeit, ihr Engagement und ihren Einsatz, insbesondere denjenigen, die mit großer Hingabe und Fürsorge in den Einrichtungen sich in besonderer Weise um die zu versorgenden Menschen kümmern.

Der Haushalt 2007 ist positiv geprägt von einer wie bereits im Vorjahr glänzenden Einnahmesituation, insbesondere

- durch **eine 3,3 % steigende Umlagekraft**, damit deutlich höhere Einnahmen aus der Umlage
- durch die weiter deutlich **gestiegenen Ausgleichsleistungen** nach 15 FAG mit insgesamt **56,25 Mio.** zu 46,9 Mio. € im Vorjahr, d.h. 9,4 Mio. mehr.
 - durch eine uns als bis vor wenigen Tagen nicht bekannte „**Sonderrücklage**“ aus dem Jahr 2005 in Höhe **von 5 Mio.**

sowie weiteren kleineren positiven Faktoren.

Die Senkung der Bezirksumlage von 1,75 Punkten und damit um fast 10,7 Mio. weniger als 2006 begrüßen wir Freien Wähler sehr,

Da wir bereits im Oktober eine deutliche Hebesatzsenkung eingefordert haben, nachdem die wichtigsten Eckpunkte bekannt waren, der Bezirk aber noch sehr zurückhaltend in Bezug auf Senkung reagiert hat.

Die Umlagezahler werden damit weiter entlastet.

Wir Freien Wähler hätten auch **eine um 2 % Punkte gesenkte Umlage für** leicht möglich gehalten, da der Bezirk sowohl im Jahr 2005 als auch im Jahr 2206- über eine glänzende Einnahmesituation verfügt, wovon viele Landkreise –sprich die Hauptzahler an den Bezirk- nur träumen können.

Hierzu könnten wir eine Reihe von Haushaltsstellen anführen, die deutlich abgesenkt werden könnten, wie z.B.

die Höhe der Zinseinnahmen, die Höhe der Zinsausgaben, die Höhe der Deckungsreserve, die Haushaltsausgabe- und Einnahmereste usw..

Insbesondere auch der positive Verlauf des laufenden Haushaltsjahres 2006 – über den sich die Verwaltung beharrlich ausschweigt – hätte sicher zu einer noch höheren Absenkung der Umlage geführt.

An dieser Stelle kritisieren wir die Verwaltung sehr heftig, da sie ihren Informationspflichten gegenüber uns Bezirksräten und insbesondere gegenüber uns Freien Wähler in keiner Weise nachkommt.

Die Freie Wähler haben mit Schreiben vom 25.10 2006 an den Bezirkstagspräsidenten ausdrücklich beantragt in der nächsten Bezirksausschusssitzung uns Unterlagen vorzulegen die die Entwicklung des laufenden Haushaltsjahres 2006 darstellen.

Diese Unterlagen bzw. Kenntnisse sind für uns Bezirksräte erforderlich im Hinblick auf die heutige Verabschiedung des Haushaltes 2007 wie sich die Finanzlage 2006 bisher entwickelt hat.

Diese Informationen erhalten andere Bezirke völlig unaufgefordert von der Verwaltung vor Verabschiedung des nächsten Haushaltsjahres sowie auch alle Kreis- Stadt- und Gemeinderäte.

Nur beim Bezirk Unterfranken ist das nicht so, hier erhalten wir im laufenden Haushaltsjahr sofort Informationen darüber, wenn das Geld einmal nicht reicht, aber nicht darüber wenn voraussichtlich erhebliche Mittel übrig bleiben.

Nachdem die Verwaltung dieser unserer berechtigten Forderung aus der Bezirksordnung - trotz Antrag – auch dieses Jahr nicht nachgekommen ist, sehen wir das als Behinderung und Missachtung unserer Arbeit als gewählte Bezirksräte an.

Denn würden wir heute davon Kenntnis haben, dass das laufende Jahr 2006 sehr positiv abschließt – sprich einige Millionen übrig bleiben, würden wir über den Hebesatz ganz anders diskutieren.

Diese Verfahrensweise der Verwaltung werden wir zukünftig nicht mehr hinnehmen. Das hat mit Transparenz des Verwaltungshandelns nichts mehr gemein.

Ebenso die gesetzlich verankerten Vorgaben der „**Klarheit und Wahrheit**“ des Haushaltes und der Haushaltsbewirtschaftung stelle ich hier deutlich in Frage, dass dies die Verwaltung einhält.

Dies deshalb, da wir Bezirksräte erstmals mit dem Rechnungsprüfungsbericht in der Sitzung am 28.11.2006 darüber informiert wurden, dass im Haushaltsjahr 2005 sage und schreibe 5 Mio. Euro übertragen wurden für – wie die Verwaltung jetzt sagt - offene Sozialhilfefälle.

In der Jahresrechnung 2005 vom 30.4.2006 von Herrn Steppacher unterzeichnet steht weder von offenen Fällen noch von einer Übertragung von 5 Mio. Euro eine Silbe.

Dort wird im Gegenteil zu Einzelplan 4 Sozialhaushalt ein negatives Ergebnis von 2,3 Mio. ausgewiesen.

Ohne den Rechnungsprüfungsbericht wüssten wir heute noch nichts davon und hätten auch keine Bezirksumlagensenkung in dieser Höhe, da uns bis zum 28.11.2006 von diesen 5 Mio.Euro nichts bekannt war.

Sofern der Sachverhalt zum Ende des Jahres 2005 mit den offenen Fällen so war, hätte haushaltsrechtlich ein Haushaltsausgaberest gebildet werden müssen, bezogen auf diese Fälle und dies in der Jahresrechnung 2005 ausgewiesen werden müssen.

Dies ist nicht erfolgt- es ging immerhin um 5 Mio. Euro ,
meine Damen, meine Herren, mit Transparenz, Klarheit und Wahrheit des Haushaltes ist das nicht in Einklang zu bringen.

Mehr möchte ich an dieser Stelle nicht dazu sagen, da ansonsten die Verwaltung eine gute Arbeit leistet, aber durch solche Dinge das Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung , insbesondere zur Haupt- und Finanzverwaltung sehr beeinträchtigt wird.

Stellenplan 2007:

Wir sind derzeit gegen die **Schaffung von neuen Stellen in der Verwaltung, da wie wir alle wissen, dass sehr wahrscheinlich zum 1.1.2009 die Zuständigkeit für die Hilfe zur Pflege zu den kreisfreien Städten und zu den Landkreisen wechselt.** Damit werden in der Sozialverwaltung über 30 Stellen im gehobenen Dienst frei, so dass es derzeit unverantwortlich wäre jetzt noch weitere Stellen neu zu schaffen. Insofern ist der **nun angebrachte Sperrvermerk auf neu angeforderte Stellen richtig. Damit sinken die Personalausgaben um ca.100.000 Euro.**

Auffällig sind im Haushalt 2007 **die hohen Ausgaben für die Hard- und Software in der Sozialverwaltung von 420.000 Euro. In 2006 Ausgaben i.H.v. 176.000 Euro, in 2005 i.H.v. 156.000 Euro. D.h. innerhalb von 3 Jahren Ausgaben von 750.000 Euro.**

Das sollte uns ein EDV Fachmann in einer der nächsten Sitzungen einmal erläutern.

1. Sozialausgaben:

Die Sozialausgaben **steigen in diesem Haushaltsjahr um 2,4 % bzw. 5,7 Mio. Euro an, bedingt auch durch eine 1,3 % Pflegesatzsteigerung.** Darüber hinaus durch Fallzahlensteigerung wie die Verwaltung schreibt.

Insgesamt ist der Sozialhaushalt 2007 ebenso wie schon im letzten Jahr von uns bemängelt, zu den Ansätzen im Vorjahr nur sehr schwer in Vergleich zu stellen, da sich die Haushaltssystematik wieder völlig verändert hat.

Damit sind die Veränderungen bei den Einnahmen- und Ausgabepositionen nur schwer mit den Vorjahren zu vergleichen.

Auch wundern wir Freien Wähler uns schon sehr, wenn gleich wir die Kürzungen begrüßen, dass die Verwaltung einen Sozialhaushalt aufstellt, die Fallzahlen als korrekt unterstellt werden, dann die Kollegen der CSU eine pauschale Kürzung (im letzten Jahr 4,4 Mio. Euro); diese Jahr 1,0 Mio. Euro vorschlagen und beschließen. Und erfreulicherweise kommt dann die Sozialverwaltung auch mit diesen geringeren Beträgen aus.

Hier müssen wir dann schon gewisse Zweifel an dem vorgelegten Zahlenwerk anmelden.

Insgesamt erfüllt der Bezirk seine sozialen Aufgaben in allen Bereichen voll umfassend, gerade auch die ambulanten Leistungen sind deutlich hervorzuheben.

Auffällig ist **die Erhöhung der Ansätze bei der Hilfe zur Gesundheit um über 30 % von 2,0 Mio. Euro auf 3,1 Mio. Euro.**

Geradezu beängstigend ist der Anstieg der Fallzahlen von Einzelintegration in Regelkindergärten von 181 Leistungsberechtigten im Vorjahr zu 331 Leistungsberechtigte in 2007.

Damit um fast 50 % Kostensteigerung, d.h. 1 Mio. Euro mehr. Hier sind unserer Meinung nach die Zugangsvoraussetzungen genau zu prüfen, da eine derartige Steigerung der Fallzahlen so nicht sein kann.

Krankenhäuser und Heime

Die Krankenhäuser sind und bleiben das Sorgenkind des Bezirkes und sind wie alle anderen Krankenhäuser in Deutschland enormen wirtschaftlichen Herausforderungen durch den Wettbewerb und den Auswirkungen der Gesundheitsreform ausgeliefert.

Gemeinsam hat man sich im Bezirkstag vor 2 Jahren das Ziel gesetzt, dass die Bezirkskrankenhäuser und Heime so zu strukturieren und betrieben werden müssen, dass keine umlagefinanzierten Mittel des Trägers mehr notwendig sind. Dies ergibt sich auch aus dem Vorbericht zu den Wirtschaftsplänen, dass „Ziel der Wirtschaftsplanung eine schwarze Null war“.

Im Jahr 2007 fließen zum einen 1,23 Mio. € umlagefinanzierte Mittel in die Krankenhäuser und Heime, damit wieder 70.000 € mehr als im 2006.

Vor 2 Jahren als wir hier auf die Bremse getreten sind waren es **760.000 €**, nachdem **es 2004 noch fast 4. Mio. € waren**. Jetzt haben wir schon wieder fast eine halbe Mio. mehr dafür im Haushalt angesetzt als 2005.

Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass wir seit 2006 zusätzlich die **Krankenhäuser mit rund 730.000 € entlasten**, da wir in dieser Höhe die Versorgungslasten und Beihilfen für ehemalige Beschäftigte der Krankenhäuser übernommen haben.

D.H. insgesamt fließen in die Krankenhäuser und Heime ca. 1,97 Mio. € Mittel aus dem umlagefinanzierten Kameralhaushalt.

Das ist uns Freien Wähler eindeutig zu viel, es

- **entspricht nicht unseren Grundsatzbeschluss, dass die Heime und Krankenhäuser sich selbst tragen müssen.**
- **Von einer schwarzen Null kann man dabei ebenfalls nicht sprechen.**
-

Klinik Michelsberg:

Mit rund **640.000 €** wird die Klinik Michelsberg 2007 vom Träger bezuschusst.

Obwohl ein Gutachten Ende 2005 festgestellt hat, dass die Einnahmesituation seit 2005 aus den Pflegesätzen in Michelsberg wesentlich günstiger geworden ist. **Die Klinik Michelsberg so hat die Verwaltung noch im Februar 2006 zitiert sei „Gewinner der Konvergenz.“**

Leider haben wir uns von diesem Gutachten schön auf's Glatteis führen lassen, wenn man die schlechten Prognosen für die Klinik Michelsberg jetzt sieht

In 2006 droht ein Verlust von 200.000 € und für 2007 ein weiterer höherer Verlust von 350.000 € zu befürchten ist.

Zusätzlich wird die **Situation dadurch verschärft, dass wir uns mit einem Unternehmen wie der Deutschen Klinik GmbH, jetzt Capio Deutschland GmbH vertraglich gebunden** haben, die in Michelsberg und Lohr im Bereich der Geschäftsführung alles besser machen sollte.

Von einem „**Besser machen** „ in der **Klinik Michelsberg** kann wohl keine Rede sein in Anbetracht dieser Zahlen. **Im Gegenteil eine Geschäftsführung dieses Unternehmens in Michelsberg hat nahezu überhaupt nicht stattgefunden.**

Von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit in Erfüllung der Vertragspflichten kann ebenfalls keine Rede sein wie wir bei einem nicht öffentlichen Sitzungstermin sehr eindrucksvoll erleben mussten

Die Warnungen und Bedenken von uns Freien Wählern im Hinblick auf diese externe Geschäftsführung wurden nicht ernst genommen, so dass es jetzt nicht fünf vor zwölf, sondern schon fünf nach zwölf ist, um die Klinik Michelsberg in einigermaßen

ordentliches Fahrwasser zu bringen. Eine Sondersitzung im Januar, wie die Verwaltung ankündigte, soll das weitere Vorgehen festlegen.

Zugestimmt haben wir der Übernahme von Seelsorgeaufwendungen in Höhe von über 87.600 € durch die Unterfränkische Kulturstiftung, da diese bisher ebenfalls von dem umlagefinanzierten Kameralhaushalt getragen wurden.

Private oder privatisierte Kliniken erhalten solche freiwilligen Zuwendungen auch nicht, sondern müssen diese Ausgaben aus ihren Budgets bestreiten.

Heime:

Auch die Heime Lohr und Römershag bereiten große Probleme.

In Lohr geht man von einem Verlust von 330.000 € in 2007 aus, in Römershag von 250.000 €. obwohl bereits für Investitionen 150.000 € als Trägerzuschuss vom Bezirkshaushalt nach Römershag fließen.

Hier kann man nur hoffen, das, das Konzept aufgeht und eine höhere Belegung eintritt.

Im Jahr 2005 hat Römershag mit einem sehr hohen Verlust von 483.000 € abgeschlossen.

Haushalt allgemein:

Aufnahme von Darlehen:

In den letzten Jahren stand in jedem Haushalt, dass der Bezirk ein Kommunaldarlehen aufnimmt, 2006 i.H.v. 790.000 €.

Wenn dann Jahresrechnung aufgelegt wird, können wir alljährlich erfreut feststellen, die Aufnahme des Darlehens war nicht notwendig. Insofern sind die alljährliche Praxis von geplanten, aber dnn nicht notwendigen Kreditaufnahmen zu überdenken.

Der Bezirk ist schuldenfrei, wie der Kämmerer in der letzten Sitzung auch selbst gesagt hat, was ja auch erfreulich ist.

Allerdings, dabei darf man nicht vergessen, dass dies maßgeblich unseren Umlagezahlen zu verdanken ist. Ich will dabei nicht verkennen, dass die Verwaltung

auch durch ihre restriktiven aber dennoch sehr verantwortungsvollen Vollzug im Sozialbereich erheblich dazu beigetragen hat.

Nach diesem Prinzip der Haushaltsführung und der Finanzierung der Investitionen, nämlich sehr kurzfristig voll auf Kosten der Umlagezahler lässt es sich natürlich leicht vermeiden Kredite aufnehmen zu müssen.

Das kann sich aber nur der Bezirk leisten, aber nahezu keiner seiner Umlagezahler.

Das sieht man ganz deutlich an der Verschuldung der Landkreise und Städte in Unterfranken.

Abschließend stellen wir Freien Wähler fest,

- Die Einnahmesituation des Bezirks hat sich im zweiten Jahr hintereinander nochmals sehr deutlich verbessert.
- Die Umlagezahler können um über 10. Mio. €, d.h. 1,75 % Punkte entlastet werden.
- Sehr kritische Bemerkungen zum Haushalt sind veranlasst was die Klarheit und vor allem die Wahrheit des Haushaltes und der Jahresrechnungen angeht. Hier werden wir Freie Wähler künftig genau darauf achten.
- Die mangelnde Transparenz und die mangelnde Information durch die Verwaltung was den aktuellen Haushalt angeht und die Folgerungen die für den Haushalt 2007 daraus zu ziehen sind, sind nicht akzeptabel.
- Kritische Bemerkungen beziehen sich auf den Grundsatz der Klarheit bei den Sozialausgaben.
- Kritisch beurteilen wir die Krankenhaus- und Heimfinanzierung, die umlagewirksam wird. Speziell die Klinik Michelsberg stellt ein großes Sorgenkind dar, die jedoch auch durch Fehleinschätzungen der Verwaltung und darauf beruhende Fehlentscheidungen des Bezirkes mitbedingt sind. Auch die Heime Lohr und Römershag erwarten für 2007 hohe Defizite. Hier ist weiterer dringender Handlungsbedarf.
- Trotz dieser kritischen Bemerkungen stellen wir positiv fest, dass in diesem Haushalt wieder einige unserer Anregungen und früherer Forderungen berücksichtigt wurden. Manches könnte noch besser laufen,

wenn vermehrt unsere Anregungen und Forderungen berücksichtigt werden würden.

- Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Wir stimmen dem Haushalt 2006 mit allen Anlagen zu.

Tamara B i s c h o f
Landrätin und Bezirksrätin

Armin G r e i n
Landrat und Bezirksrat